



Konsumenten- stimme

Fakten, Zahlen und Hintergründe
Nummer 2/2022

c✓mparis.ch

Editorial



Felix Schneuwly
Head of Public Affairs
comparis.ch

Seit der Corona-Pandemie hat die Versorgungssicherheit an Bedeutung gewonnen, seit Putins Krieg gegen die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland erst recht. Wie die Schweiz ihre Versorgungssicherheit in der globalisierten und spezialisierten Welt gewährleisten kann, skizzieren drei Gastautoren. Zwei Punkte zur Klärung gleich vorab: Erstens ist Versorgungssicherheit etwas anderes als Selbstversorgung. Zweitens hat eine höhere Versorgungssicherheit ihren Preis.

Ueli Haudenschild vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) fasst zusammen, wie der Bundesrat die wirtschaftliche Landesversorgung verbessern will – unter anderem mit einem Vollzeitdelegierten, mit mehr Personal im BWL und mit einer besseren Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat, insbesondere auch mit den Kantonen. → [Seite 2](#)

Katia Delbiaggio zeigt, warum eine autarke Stromversorgung keine gute Idee wäre. Wir produzieren zwar genug Strom, aber im Sommer mehr und im Winter weniger als wir brauchen. Delbiaggio ist zwar Mitglied der Elektrizitätskommission ElCom, hat ihren Beitrag aber nicht als ElCom-Mitglied geschrieben. → [Seite 4](#)

Patrick Dümmler von Avenir Suisse plädiert für mehr Diversifikation bei der Beschaffung von Medizinalgütern und Flexibilität bei der Immigration von Fachkräften. Wichtig ist für ihn eine gute Zusammenarbeit mit der EU. → [Seite 7](#)
Das ist aus liberaler Sicht zwar richtig, genügt aber wohl kaum. Die Arbeitgeber sind gefordert, die Attraktivität der Arbeitsplätze zu erhöhen, und der Staat muss die Bürokratie abbauen, damit Fachkräfte mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten haben und länger in ihren erlernten Berufen tätig bleiben. Sonst verpuffen die Ausbildungsoffensiven. ✓

Versorgungssicherheit hat ihren Preis



Ueli Haudenschild
Geschäftsführung BWL
Geschäftsstelle Ernährung

Die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben gezeigt, dass Versorgungssicherheit kein Selbstläufer ist. Die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) wird in der globalisierten Welt stark gefordert und mit immer neuen Herausforderungen konfrontiert.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Kriegs gewann die Einschätzung Oberhand, die Risiken für die Versorgung der Schweiz seien weitgehend ausgeräumt. Sorglos wurde konsumiert und kein Gedanke daran verschwendet, dass die Versorgungssysteme durch die zunehmende Globalisierung komplexer und vor allem auch verletzlicher wurden. Die jüngsten Ereignisse haben klargemacht, dass sich unser Land insgesamt besser und vor allem besser vernetzt auf Mangellagen an lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen und deren Bewältigung vorbereiten muss.

Zweifel an Sinn und Zweck

Einhergehend mit der erwähnten Sorglosigkeit rund um die Jahrtausendwende, wurde die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Landesversorgung grundsätz-



lich in Frage gestellt und deren Auftrag geriet etwas in Vergessenheit. Wenn die Babyboomer-Generation den Slogan «Guter Rat – Notvorrat» noch intus hatte, so wurde er von den Vertreterinnen und Vertretern der Generationen X, Y und Z weitgehend ignoriert – zumindest bis die Versorgungssicherheit mit der Covid-19-Pandemie neue Aktualität erfuhr.

« Seit den Nullerjahren wurden die Versorgungsketten komplexer und verletzlicher. » Ueli Haudenschild

Wenig erstaunlich, dass sich die allgemeine Vorstellung, alles werde immer und in genügender Zahl verfügbar sein, auch auf die Organisation der WL auswirkte: Der Personalbestand des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL), das die Fachbereiche der Milizorganisation fachlich und rechtlich unterstützt und auch kontrolliert, wurde nach dem Ende des Kalten Kriegs sukzessive von 50 Vollzeitstellen auf weniger als 32 abgebaut, das Milizkader sogar halbiert.

Reform der wirtschaftlichen Landesversorgung

Die für die Eidgenossenschaft teure Bewältigung der Krise in der Hochseeschifffahrt gab vor rund fünf Jahren den Ausschlag für eine Administrativuntersuchung zum BWL. Auch die Geschäftsprüfungskommissionen und die Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte äusserten Empfehlungen für die zukünftige Organisation der WL. Bundesrat Guy Parmelin lancierte darauf im Juni 2021 ein Projekt zur Reform der wirtschaftlichen Landesversorgung, dessen Schlussbericht Ende 2021 veröffentlicht wurde. Aufgrund der darin geäusserten Empfehlungen hat der Bundesrat Ende März beschlossen, die WL neu zu organisieren und einen vollamtlichen Delegierten oder eine vollamtliche Delegierte für die wirtschaftliche Landesversorgung einzusetzen. Bis anhin war das Amt auf eine 40-prozentige Anstellung beschränkt.

Internationale Vernetzung gewinnt an Bedeutung

Gleichzeitig soll auch der Personalbestand des Bundesamts wieder aufgestockt werden. Der Schönwetter-Betrieb der Nullerjahre war mit dem vorhandenen Personal zwar zu bewältigen, aber die neuen Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten haben den Bedarf nach einer starken Landesversorgung deutlich erhöht. Die Versorgungsketten werden immer komplexer und verletzlicher. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat zur Sicherstellung der Versorgung wird entsprechend aufwändiger und auch die Kantone müssen besser einbezogen werden. Der Informationsbedarf innerhalb der WL-Organisation, aber auch die Kommunikation gegen aussen haben an Bedeutung gewonnen und verlangen mehr Aufmerksamkeit.

Verstärkt werden muss auch die internationale Vernetzung. Versorgungskrisen lassen sich kaum mehr ausschliesslich mit nationalen Massnahmen bewältigen. Sie müssen international abgestimmt werden. Die wirtschaftliche Landesversorgung kennt die Herausforderungen und ist gewillt, sich ihnen zu stellen. Versorgungssicherheit gibt es aber nicht umsonst – sie muss uns die dafür benötigten Mittel wert sein. ✓

Stromversorgung in der Schweiz



Dr. rer. pol. Katia Delbiaggio

Professorin für Volkswirtschaft
am Departement Wirtschaft der
Hochschule Luzern und Mitglied
der Eidgenössischen Elektrizitäts-
kommission ElCom

Über ein Jahr hinweg erzeugt die Schweiz ungefähr so viel Strom, wie sie verbraucht. Das Land ist aber bei weitem nicht stromautark. Während im Sommerhalbjahr mehr Strom produziert als verbraucht wird, ist die Schweiz im Winterhalbjahr von Importen abhängig. Die damit verbundenen Versorgungsrisiken steigen.

Von 2018 bis 2020 hat die Schweiz mehr Strom produziert als verbraucht. 2021 war der Landesverbrauch höher als die Nettoerzeugung.¹ Mit fast 10 TWh Strom wurde im Winter 2016/2017 die höchste Importmenge seit 2010 verzeichnet, wobei Deutschland und Frankreich die wichtigsten Stromlieferanten der Schweiz sind (BFE 2021 und 2022).

Aus Sicht der inländischen Versorgungssicherheit wäre es wünschenswert, dass die inländischen Sommerüberschüsse zumindest teilweise für den Winterbedarf genutzt werden können. Das ist heute jedoch sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus technischen Gründen nur in sehr begrenztem Rahmen möglich. Die Kapazität für die Speicherung der Energie in den Speicherseen ist beispielsweise limitiert oder die Umwandlung von Elektrizität in Gas noch zu wenig rentabel.

Versorgungsrisiken steigen

Die Abhängigkeit der Schweiz im Winterhalbjahr von den Elektrizitätsimporten aus dem Ausland ist somit nichts Neues und a priori auch nicht schlecht. Im Allgemeinen hat in den letzten Jahrzehnten der internationale Handel entscheidend zur globalen Wohlstandssteigerung beigetragen. Mit der steigenden internationalen Vernetzung ist aber auch die Verletzlichkeit der globalen Wertschöpfungsketten zum Vorschein gekommen, wie die Covid-Pandemie eindrücklich gezeigt hat. Für die Schweiz steigen die mit den Stromimporten verbundenen Versorgungsrisiken sowohl kurz- als auch mittel- und langfristig.

Ukraine-Krieg beeinflusst auch den Strommarkt

Kurzfristig sind die Versorgungsrisiken in Zusammenhang mit der russischen Invasion der Ukraine und den damit einhergehenden Verwerfungen auf dem europäischen Gasmarkt. Mehr als 20 Prozent der europäischen Stromproduktion werden mit Gas generiert (IEA, 2019, Webseite). Ein bedeutender Teil dieses Gases stammt aus Russland.

Die Exportfähigkeit Deutschlands und Frankreichs und somit unsere Stromversorgungssicherheit im kommenden Winter wird daher stärker als sonst von der Verfügbarkeit der Kernkraftwerke und von den erneuerbaren Energien abhängen. Technisch bedingte Kernkraftausfälle oder längere Dunkelflauten könnten dabei rasch kritisch werden. Der Wasserkraft-Reserve, die der Bundesrat schon für den nächsten Winter plant, kommt deshalb eine wichtige Rolle zu. Sie würde bei einem allfälligen Stopp von russischem Gas die Versorgungssicherheit der Schweiz erhöhen (Bundesrat, 2022).

So oder so ist sowohl ein hohes Preisniveau als auch eine hohe Volatilität auf den Strommärkten zu erwarten. Die Verbraucher in der Grundversorgung spüren diese Preisanstiege noch nicht, da die Grundversorgungstarife während

¹ Nettoerzeugung: Erzeugung minus Verbrauch der Speicherpumpen
Landesverbrauch: Endverbrauch plus Verluste



eines Jahres fix sind. Sie wurden für das laufende Jahr im August 2021, d. h. vor dem aktuellen Preisanstieg, festgelegt. Für das Jahr 2023 ist aber in der Tendenz mit bedeutenden Tarifierhöhungen zu rechnen.

Stromabkommen mit der EU ist wichtig

Mittelfristig hängen die Versorgungsrisiken mit der zunehmenden Integration des europäischen Strommarktes bei gleichzeitigem Abbruch der Verhandlungen der Schweiz mit der EU über ein institutionelles Abkommen zusammen. Als Folge davon ist auch ein Stromabkommen nicht innert nützlicher Frist zu erwarten. Ohne Stromabkommen sind technische Vereinbarungen zwischen Swissgrid, dem Schweizer Übertragungsnetzverantwortlichen, und den europäischen Gegenparteien notwendig, um die Transportkapazitäten der Nachbarländer für den Export von Strom in Richtung Schweiz sicherzustellen. Es ist zurzeit offen, ob ein für die Schweiz befriedigender Abschluss dieser technischen Vereinbarungen möglich sein wird.

Besonders wichtig wäre dabei die vertragliche Regelung der ungeplanten Stromflüsse durch die Schweiz. Schon heute fließen bis zu 30 Prozent des zwischen Deutschland und Frankreich gehandelten Stroms ungeplant durch die Schweiz. Mit der fortschreitenden Integration des europäischen Marktes werden diese ungeplanten Flüsse noch weiter zunehmen, das Schweizer Stromnetz und insbesondere dessen Grenzleitungen belasten und somit die Importkapazität der Schweiz negativ beeinflussen (ElCom, 2021).

Ab 2025 müssen alle europäischen Übertragungsnetzbetreiber mindestens 70 Prozent der Kapazitäten für den grenzüberschreitenden Stromhandel innerhalb der EU reservieren. Mit der Umsetzung dieser Regel werden sich die Importkapazitäten der Schweiz potenziell weiter reduzieren, falls der Handel mit der Schweiz in diesen 70 Prozent nicht berücksichtigt wird (ElCom, 2021).

Ohne technische Vereinbarungen könnte es in der Schweiz gemäss einer Studie bereits 2025 im «worst case» zu Versorgungsengpässen kommen (Frontier Economics, 2021). Aufgrund dieser zunehmenden mittelfristigen Importrisiken sind Massnahmen zu begrüssen, die sowohl produktions- wie auch verbrauchsseitig greifen. Der Ersatz von Elektroheizungen, die Schaffung einer Wasserkraftreserve und die Bereitstellung von Reserve-Spitzenlastgaskraftwerken stehen dabei im Vordergrund der aktuellen Diskussion (Bundesrat, 2022).

Winterproduktion in der Schweiz muss ausgebaut werden

Die langfristigen Versorgungsrisiken hängen mit der Klima- und Energiestrategie 2050+ der Schweiz und mit der Energiewende in Europa zusammen. Das darin festgehaltene Verbot von neuen Kernkraftwerken wird zu einem

die zahl

56,9 Prozent

am Gesamtverbrauch von Nahrungsmitteln konnte die einheimische Nahrungsmittelproduktion im Jahr 2019 abdecken. Der Median der Jahre 2007 bis 2019 beträgt 59,1 Prozent.

Quelle: → Bundesamt für Statistik



massiven Wegfall inländischer Produktionskapazität führen, sobald die heutigen Kraftwerke das Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer erreichen.

Im Juni 2021 hat der Bundesrat das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verabschiedet mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit der Schweiz zu stärken (Bundesrat, 2021). Mit Blick auf die Versorgungssicherheit wird zusätzlich zur Wasserkraftreserve auch ein Ausbau der Winterproduktion bis 2040 sowie substanzielle Effizienzgewinne beim Verbrauch erwartet. Das verbleibende Produktionsdefizit im Winter soll durch Importe gedeckt werden.

« Die Erhöhung der Versorgungssicherheit der Schweiz ist entscheidend für die Zukunft des Landes. » Katia Delbiaggio

Gemäss Energieperspektive 2050+ besteht bei einer vollständigen Abschaltung der Schweizer Kernkraftwerke im Jahr 2035 ein Importbedarf im Winterhalbjahr von bis zu 15 TWh. Aufgrund des erwarteten Zubaus bei den erneuerbaren Energien soll er sich bis ins Jahr 2050 auf rund 10 TWh reduzieren. Mit Blick auf die gravierenden Konsequenzen von Stromausfällen sind jedoch Nettoimporte von mehr als 10 TWh, d.h. von etwas weniger als einem Drittel des Winterverbrauchs, als kritisch zu betrachten. Höhere Importe sind zwar grundsätzlich möglich, aber mit zunehmenden Risiken behaftet.

Dies insbesondere, da die europäischen Länder sich ebenfalls in einem Transformationsprozess befinden, der ihre Exportbereitschaft vermindert. In Deutschland werden dieses Jahr alle noch produzierenden Kernkraftwerke endgültig ausser Betrieb genommen. Zudem hat Deutschland beschlossen, aus der Braun- und Steinkohleverstromung bis spätestens 2038 auszusteigen. Schliesslich kommt der französische Kernkraftwerkpark in die Jahre. Häufigere Ausfälle, die zu einer reduzierten Exportfähigkeit Frankreichs führen würden, sind nicht auszuschliessen (ElCom, 2021).

Angesichts der steigenden Risiken ist eine Erhöhung der Stromversorgungssicherheit, insbesondere im Winter, von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Schweiz. Ziel ist dabei nicht eine autarke Stromversorgung, sondern eine Stärkung der Resilienz des Stromsystems. Der beschleunigte Zubau der erneuerbaren Energien, insbesondere von Solarstrom, der Zubau der Speicherwasserkraft, aber auch die Bereitstellung von Fallback-Optionen wie die Wasserreserve oder Reserve-Spitzenlastkraftwerke sind die Grundpfeiler dieser Strategie. ✓

Literaturangaben

- Bundesamt für Statistik BFE (2021): Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2020
- Bundesamt für Statistik BFE (2022): Gesamte Erzeugung und Abgabe elektrischer Energie in der Schweiz
- Bundesrat (2021): Bundesrat verabschiedet Botschaft zum Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, Medienmitteilung vom 18.06.2021
- Bundesrat (2022), Versorgungssicherheit: Bundesrat richtet ab dem nächsten Winter eine Wasserkraftreserve ein und plant Reserve-Kraftwerke, Medienmitteilung vom 17.02.2022
- ElCom (2021), Versorgungssicherheit im Winter: Auslegeordnung zu den Importrisiken, Bericht von Juni 2021
- Frontier Economics (2021), Analyse Stromzusammenarbeit CH-EU, Schlussbericht
- International Energy Agency IEA, Electricity Generation by Source, EU-28, 1990–2020 (8.4.2022):
→ <https://www.iea.org/fuels-and-technologies/electricity>



Versorgungssicherheit durch Offenheit



Patrick Dümmler
Forschungsleiter
Avenir Suisse

Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen verlangt nach mehr Offenheit. Dazu gehören die Diversifikation der Bezugsquellen für medizinische Güter und die Zulassung der Immigration von Fachkräften. Diese Massnahmen schaffen mehr Wettbewerb und fördern nebenbei den Wohlstand.

Die Sicherheit, jederzeit und in der ganzen Schweiz mit allen essenziellen Gütern versorgt zu werden, ist nicht mehr selbstverständlich. Die globale Logistik läuft nicht mehr so reibungslos wie auch schon, die internationalen Transportkosten haben sich vervielfacht, Energieträger sind teurer geworden und bei verschiedenen Rohstoffen gibt es Angebotsengpässe. Die Wartezeiten für die Lieferung verschiedener Güter haben zugenommen.

Dies gilt auch für wichtige medizinische Ausrüstungen und pharmazeutische Wirkstoffe. Die Pandemie lehrte uns, dass heutzutage aufgrund internationaler Arbeitsteilung in der Regel nur noch wenige, oft geografisch konzentrierte Unternehmen Produkte wie Gesundheitsmasken oder Wirkstoffe für Antibiotika herstellen. In vielen Ländern erschallen deshalb Rufe nach einer Renationalisierung der Wertschöpfungsketten. Mit milliardenschweren Programmen soll die Produktion zurückgeholt und vor internationaler Konkurrenz geschützt werden. Eine Renationalisierung ist jedoch insbesondere für die Schweiz keine geeignete Strategie zur erfolgreichen Bewältigung der aktuellen und zur Vermeidung künftiger Engpässe. Sie stellt vielmehr eine ökonomische Sackgasse dar.

Diversifikation statt Abschottung

Wohin eine forcierte inländische Produktion bei gleichzeitiger Abschottung gegenüber dem ausländischen Wettbewerb führt, zeigt sich exemplarisch an der Landwirtschaft: rekordhohe Subventionen und Preise für Lebensmittel im Inland. Den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen, führt in die Irre. Intelligenter ist es, in die Versorgungssicherheit zu investieren. Sie ist dann am besten gewährleistet, wenn die Bezugsquellen breit diversifiziert und über die Zeit eingespielt sind, beispielsweise durch den Abbau von Handelshemmnissen. Der beschlossene unilaterale Abbau der Importzölle auf Industriegüter durch die Schweiz ist dafür ein erster, wichtiger Schritt.

Handelsrestriktionen verschärfen die Folgen globaler Engpässe. Die Schweiz sollte sich deshalb weiterhin vehement gegen Hürden bei der Ausfuhr und für den Multilateralismus einsetzen. Die Diversifikation auf Beschaffungs- wie Absatzseite stärkt die Resilienz einzelner Unternehmen und der Volkswirtschaft insgesamt. Gerade für essenzielle Güter der Gesundheitsversorgung sollte die Strategie nicht Abschottung und Autarkie, sondern Offenheit heissen. Im globalen oder zumindest europäischen Kontext lassen sich die Herausforderungen besser meistern.

Doch die Zusammenarbeit mit der EU ist einer sich verschärfenden Belastungsprobe ausgesetzt. Die fehlende gegenseitige Anerkennung für Medizintechnik-Produkte führt zu neuen Handelsrestriktionen, teilweise gar zu Rechtsunsicherheit, ob ältere Zertifikate noch anzuerkennen sind. Zusätzlich gewährt die EU der Schweiz keinen Zugang mehr zu Eudamed, der massgebenden Produkte-Datenbank, und die Zusammenarbeit mit der EU-Marktüberwachung wurde aufgehoben. Im Sinne der Patientensicherheit ist die Schweiz gut beraten, die Probleme mit der EU rasch zu lösen.



Pflichtlager müssen optimiert werden

Kurzfristigen Versorgungsengpässen kann am besten mit dem System der Pflichtlager begegnet werden. Der Bund verpflichtet bereits heute private Hersteller und Importeure zur Vorratshaltung. Der Bedarf an Human-Antiinfektiva kann so während fünf bis sechs Monaten gedeckt werden. Für den Fall einer Influenza-Pandemie bestehen Lager an Virostatika, und starke Schmerzmittel werden für einen Dreimonatsbedarf vorrätig gehalten. Auch für ausgewählte Impfstoffe, Hämostatika, Insuline und diverse Medizinprodukte bestehen Pflichtlager im Umfang des Verbrauchs von mehreren Monaten. Sogar an Kunststoff-Vorräte hat man gedacht, um notfalls Arzneiverpackungen selbst herstellen zu können.

« Die Schweiz ist gut beraten, die Probleme mit der EU rasch zu lösen. » Patrick Dümmler

Dennoch zeigte uns die Pandemie auf, dass die Bewirtschaftung der Pflichtlager optimiert werden muss. Sie sollte sich auch auf die lebensnotwendigen Güter beschränken. Dazu gehören u.a. Produkte für die Gesundheitsversorgung, essenzielle Lebensmittel und Energieträger. Dass heute Tonnagen an Zucker und Kaffee eingelagert werden, ist vor diesem Hintergrund wenig verständlich. Eine Abschaffung dieser Pflichtlager scheiterte aber kürzlich am parlamentarischen Widerstand – offenbar ist eine nächste Krise mit genügend gezuckertem Kaffee besser erträglich.

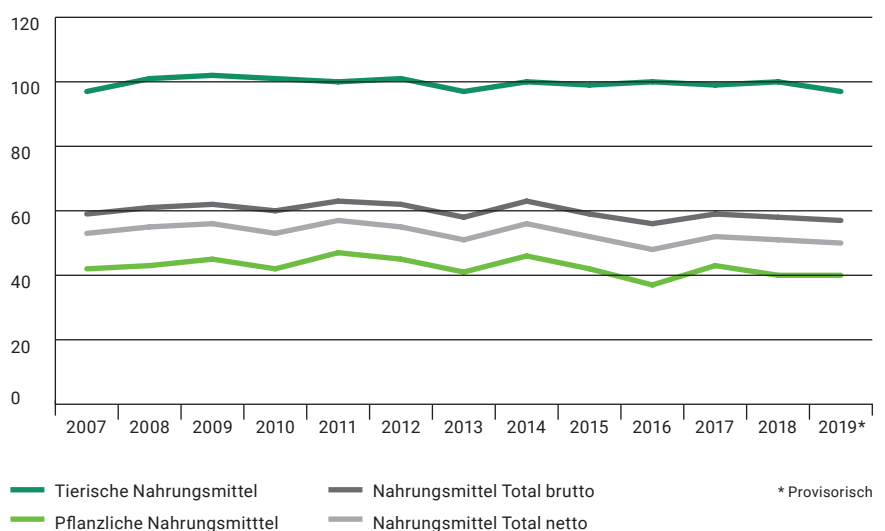
Nicht die Betten fehlen, sondern die Fachkräfte

Die anzustrebende Versorgungssicherheit sollte nicht nur auf Güter fokussieren, daran gekoppelte Dienstleistungen sind ebenso wichtig. Dies zeigt sich

die grafik

Entwicklung des Selbstversorgungsgrades

Kalorienmässige Anteile in Prozent



Reihe revidiert bis 2007 / Quelle: Agristat / © BLW-OFAG-UFAG



exemplarisch im Gesundheitswesen. Der anfängliche Mangel an Beatmungsgeräten konnte rasch behoben werden, aber die zu geringe Zahl an Fachkräften bleibt bis heute ein Thema. Was nützen Hunderte von medizintechnischen Geräten, wenn die Pflegenden zur Versorgung der Patienten fehlen? So betrachtet wurde auch die Diskussion um «fehlende Betten» auf den Intensivpflegestationen falsch geführt. Betten gab es genügend, das Fachpersonal fehlte zeitweise, um sie in der erforderlichen Menge und Qualität betreiben zu können.

Die demografische Entwicklung wird das Problem in den nächsten Jahren verschärfen. Neben inländischen Massnahmen im Bereich der Ausbildung ist die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ein Schlüsselement, um den Mangel zu lindern. Die Schweiz sollte deshalb an ihr festhalten, trotz der politisch in regelmässigen Abständen wiederkehrenden Forderung, sie zu kündigen. Die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte stützt gemäss mehreren empirischen Studien die Schweizer Wirtschaft. Mit der EU sollte die Schweiz baldmöglichst auch ein bilaterales Gesundheitsabkommen abschliessen, um die Bekämpfung schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsbedrohungen effizienter koordinieren zu können.

Versorgungssicherheit durch eine grössere Diversifizierung sowie Offenheit gegenüber Importen und der Immigration von Fachkräften verstärkt den Wettbewerb im Inland. Dies fordert heraus und ist für viele inländische Akteure unbequem, die es sich hinter dem Grenzschutz bequem eingerichtet haben. Es sollte nicht vergessen werden, dass mehr Offenheit und Wettbewerb nicht nur Kernelemente der Versorgungssicherheit sind, sondern auch eine wichtige Grundlage für den Wohlstand der Schweiz. ✓

Versorgungssicherheit

Versorgungssicherheit meint das Sicherstellen der menschlichen Grundbedürfnisse. Das Landesversorgungsgesetz (LVG) regelt die Massnahmen zur Sicherstellung der Versorgung. Dabei wird zwischen Gütern und Dienstleistungen unterschieden. Zu den Gütern gehören Energieträger und dazu benötigte Produktions- und Betriebsmittel; Nahrungs-, Futter- und Heilmittel sowie Saat- und Pflanzgut; andere unentbehrliche Güter des täglichen Bedarfs; sowie Roh- und Hilfsstoffe für die Landwirtschaft, die Industrie und das Gewerbe. Zu den lebenswichtigen Dienstleistungen zählen Transport und Logistik; Information und Kommunikation; die Übertragung und Verteilung von Energieträgern und Energie; die Gewährleistung des Zahlungsverkehrs; sowie die Lagerhaltung von Gütern und die Speicherung von Energie.

Herausgeber

comparis.ch
Birmensdorferstrasse 108
8003 Zürich

comparis.ch

Reaktionen

media@comparis.ch

Über comparis.ch

Mit über 80 Millionen Besuchen im Jahr zählt comparis.ch zu den meistgenutzten Schweizer Websites. Das Unternehmen vergleicht Tarife und Leistungen von Krankenkassen, Versicherungen, Banken sowie Telecom-Anbietern und bietet das grösste Schweizer Online-Angebot für Autos und Immobilien. Dank umfassender Vergleiche und Bewertungen bringt das Unternehmen Transparenz in den Markt. Dadurch stärkt comparis.ch die Entscheidungskompetenz von Konsumentinnen und Konsumenten. Gegründet 1996 vom Ökonomen Richard Eisler beschäftigt das Unternehmen heute über 175 Mitarbeitende in Zürich.

The logo for comparis.ch features the word 'comparis.ch' in a green, sans-serif font. A green checkmark is integrated into the letter 'o', positioned between the 'c' and the 'm'.